

Harald Bergsdorf / Rudolf van Hüllen

LINKSEXTREM –
DEUTSCHLANDS UNTERSCHÄTZTE GEFAHR?

Harald Bergsdorf / Rudolf van Hüllen

Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?

Zwischen Brandanschlag und
Bundestagsmandat

FERDINAND SCHÖNINGH

Paderborn · München · Wien · Zürich

Die Autoren:

Dr. Harald Bergsdorf, Jahrgang 1966, Studium der Politischen Wissenschaft, Neueren Geschichte und Romanistik. Lehrbeauftragter an der Friedrich-Schiller-Universität Jena (2005) und der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn (2007). Schwerpunkte: Rechts- und Linksextremismusprävention.

Dr. Rudolf van Hüllen, Jahrgang 1957, Studium der Politischen Wissenschaft, Neueren Geschichte und Rechtswissenschaft in Bonn, bis 2006 Referent / Referatsleiter im Bundesamt für Verfassungsschutz, Lehrbeauftragter an der Universität Passau (2010), freiberuflicher Forscher und Dozent zu Fragen der Rechts- und Linksextremismusprävention.

Umschlagabbildung:

ullstein bild – Karwasz

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk sowie einzelne Teile desselben sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlags nicht zulässig.

© 2011 Ferdinand Schöningh, Paderborn
(Verlag Ferdinand Schöningh GmbH & Co. KG, Jühenplatz 1,
D-33098 Paderborn)

Internet: www.schoeningh.de

Einbandgestaltung: Evelyn Ziegler, München
Printed in Germany
Herstellung: Ferdinand Schöningh GmbH & Co. KG, Paderborn

E-Book ISBN 978-3-657-77242-1
ISBN der Printausgabe 978-3-506-77242-8

INHALT

Vorwort: Was will dieses Buch?	7
1. Politischer Extremismus in Deutschland	9
Bedeutung des Themas	9
Klärung des Begriffs	14
2. Denkstrukturen und Befindlichkeiten im Linksextremismus	18
Menschen- und Weltbilder	18
Selbstbilder und Selbstverständnis: »There is no solution but revolution«	25
Die »ideologischen Großfamilien« des Linksextremismus	31
Milieus und politische Ästhetik	40
3. Organisationen, Strategien und Politikfelder	59
Anarchismus: Die Autonomen	59
Revolutionärer Marxismus: Orthodoxe, Trotzlisten und Maoisten	70
4. In der Grauzone: »Die Linke«	92
Herkunft und Entwicklung	92
Wähler und Erfolgsfaktoren	101
Programmatik und Strategie	108
Köpfe und Organisation	136
Fazit: Zur Demokratiefähigkeit der »Linken«	156
5. Argumentations- und Agitationstechniken von Linksextremisten	160
6. Argumente gegen linksextreme »Stammtisch- parolen«	168
7. Bilanz und Ausblick	178
Anmerkungen	183
Weiterführende Literatur	199

VORWORT: WAS WILL DIESES BUCH?

Dieses Buch lädt dazu ein, sich mit einem wichtigen, aber vernachlässigten Thema zu befassen: dem Linksextremismus in Deutschland. In erster Linie für die politische Bildung konzipiert, konzentriert es sich auf Mentalitäten, Motive und Milieus linksextremer Gruppen und Parteien. Damit unterscheidet es sich von Verfassungsschutzberichten, die extremistische Organisationen in erster Linie beschreiben – nicht selten in lebensfremder Juristensprache.

Mit dem Ziel, stärker über linksextreme Denkstrukturen und Handlungsmuster aufzuklären, wendet sich das Buch stattdessen primär an junge Menschen und Eltern, aber auch an Pädagogen und andere Multiplikatoren. Es soll sie befähigen, die unterschiedlichen Formen von Linksextremismus zu erkennen und ihnen mit demokratischen Argumenten stärker entgegenzutreten. Denn während Rechtsextremismus im Bewusstsein der Zivilgesellschaft zum Glück vielerorts geächtet ist, scheint Linksextremismus mancherorts (fast) geachtet. Seine Erscheinungsformen erschöpfen sich nicht in menschenverachtender Gewalt; er kann auch scheinbar reputierlich daherkommen. Linksextremismus oszilliert zwischen Brandanschlag und Bundestagsmandat. Gleichwohl kann es nicht darum gehen, lediglich eine wohlfeile Ächtung nachzuholen. Vielmehr soll das Büchlein demokratisches Bewusstsein für den Umgang mit Linksextremismus schärfen. Im Mittelpunkt steht deshalb weniger das »Dagegen«, sondern eher die konstruktive Erinnerung, Demokratie zu leben – mit gelassener Entschlossenheit.

Unsere Darstellung analysiert zunächst die zentralen Merkmale des Linksextremismus, seine Gedankenwelten und Utopien. Daraufhin untersucht sie die zentralen Gruppen und Parteien des Linksextremismus. Da Denken auch von Sprache transportiert wird, haben wir typische Wendungen aus der Szenesprache und dem Parteijargon *kursiv* gesetzt und, soweit erforderlich, deren Bedeutung in Fußnoten erläutert. Denn sie

unterscheidet sich häufig von umgangssprachlichen Bedeutungsgehalten, dient der Verschleierung politischer Absichten, und ihr gehäufter Gebrauch kann auf eine fortgeschrittene Einbindung in extremistische Milieus hindeuten.

Eine besondere Behandlung erfährt im Buch die Partei »Die Linke«. Das ergibt sich einerseits aus ihrer schieren Größe und aus ihrem Erfolg bei Wahlen, andererseits aber auch aus ihrer programmatisch-strategischen Mehrdeutigkeit. Sie agiert vielfach in der Grauzone zwischen Demokratie und Extremismus – es wäre überzogen und verfehlt, sie lupenrein linksextrem zu nennen.

Schließlich analysiert das Buch typische Muster linksextremer Agitation, ihren Umgang mit Sprache, die Umbiegung von Fakten auf die parteilich und parteiisch gewünschten Botschaften. Das Schlusskapitel unterbreitet Vorschläge, wie linksextreme Agitationsmuster argumentativ abzuwehren sind. Um linksextremen Akteuren wirksam entgegenzutreten zu können, muss man ihre oft verschlüsselten Botschaften erkennen und deuten können. Dazu will das Buch beitragen.

Harald Bergsdorf / Rudolf van Hüllen
Juni 2011

1. POLITISCHER EXTREMISMUS IN DEUTSCHLAND

Bedeutung des Themas

Politischer Extremismus irritiert, beunruhigt und erschüttert immer wieder die Bundesrepublik. Es gibt keine moderne, komplexe, dynamische Gesellschaft ohne Extremismus. Die Demokratie scheint auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts kein Selbstläufer zu sein. Ihre Existenz bleibt latent fragil. Gerade der Strukturwandel in Gesellschaft, Wirtschaft und Sozialstaat verunsichert viele Wahlberechtigte und kann Extremismus begünstigen.

In Deutschland gehört der *Rechtsextremismus* zu den gefährlichsten Varianten des Extremismus.¹ So bewegt sich die bundesweit registrierte Zahl an rechtsextremen Straftaten immer noch auf einem hohen Niveau, darunter vor allem Propagandadelikte, Volksverhetzung, Sachbeschädigung und Körperverletzung. Seit Jahren gibt es in den alten, aber vor allem den neuen Bundesländern eine Vielzahl rechtsextremer Straftaten, darunter auch Tötungsdelikte. Hinzu kommen einschlägige Einschüchterungsversuche. Auch sie können das geistig-moralische Klima vor Ort beeinträchtigen oder sogar das Lebensgefühl von Migranten und anderen Menschen prägen – es gibt rechts-extreme Tendenzen jenseits der offiziellen Statistik.

Daneben bilden politische Parteien wie vor allem die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) einen Schwerpunkt des Rechtsextremismus. 2009 gelangte die NPD in Sachsen erneut in den Landtag. In Thüringen hat die NPD ihre Wählerzahl bei der Landtagswahl 2009 prozentual mehr als verdoppelt, wenn auch unterhalb von 5 Prozent. Seit 2006 agiert eine NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Bei der Bundestagswahl 2009 schaffte es die NPD, sich bei rund 1,5 Prozent Zweitstimmen zu stabilisieren und wieder an der staatlichen Parteienmitfinanzierung zu partizipieren. Unterdessen dämmern die »Republikaner« (REP) und die »Deutsche Volksunion« (DVU) zunehmend im politischen

Wachkoma. Davon könnte die NPD profitieren, indem sie Wähler und Mitglieder von REP und DVU gewönne.

Insgesamt agieren in Deutschland derzeit über 670 rechtsextreme Parlamentarier in Kommunen und Landtagen. Ungeniert nutzen sie Parlamente als Bühne für kalkulierte Provokationen, für mediale Selbstdarstellung und als organisatorisch-finanzielle Basis. Gerade durch ihre Präsenz in Parlamenten versuchen rechtsextreme Antidemokraten den Eindruck zu erwecken, bei ihnen handle es sich um normale Parteien, obwohl ein Teil von ihnen sogar offen mit gewaltbereiten Neonationalsozialisten kooperiert.

Rechtsextremisten bilden zwar keine Massenbewegung in Deutschland. Dennoch gibt es keinen Grund zur Entwarnung. Gerade auch deshalb nicht, weil sich der Rechtsextremismus seit einigen Jahren geschickter tarnt. Umso wichtiger bleibt es, über Rechtsextremismus aufzuklären und ihn abzuwehren. Gerade das hohe Potential an (verdrossenen und desinteressierten) Nichtwählern lässt sich erfahrungsgemäß teilweise von rechtsextremen Parteien mobilisieren, wenn die Umstände dafür günstig sind.

Neben Rechtsextremismus bedroht Linksextremismus die Demokratie in Deutschland. Nur ein Indiz für die Gefährlichkeit des Linksextremismus, der sowohl Parteien als auch (gewalttätige) Gruppen umfasst, sind einschlägige Gewalttaten. Deren offizielle Zahl² ist zuletzt, im langfristigen Vergleich, massiv angestiegen. Prozentual erfassten die Behörden die meisten linksextrem motivierten Gewalttaten (Körperverletzung, Sachbeschädigung, Landfriedensbruch u.v.m.) in Berlin, Schleswig-Holstein, Sachsen, Hamburg, Niedersachsen und Bremen.³

Verantwortlich für die gestiegene Gewalt sind vor allem »Autonome«. In ihren Szeneblättern wie »Prisma«, »Radikal« und »Interim« geben sie Tipps, wie man schwere Straftaten begeht. Mehr noch: Auf YouTube ist ein Video abrufbar, das den Überfall auf ein Polizeirevier im Hamburger Schanzenviertel feiert. Es zeigt brennende Streifenwagen vor dem Eingang der Wache. Der von »Autonomen« generalstabsmäßig vorbereitete Angriff beschädigte die Panzerglasscheiben der Wache

schwer. Auf Polizisten, die ohne Schutzkleidung aus der Wache eilten, schleuderten die Täter faustgroße Steine. Um ungehindert zu entkommen, errichteten die Täter brennende Barrikaden auf der Straße. Das ist nur ein Beispiel für die Militanz von linksextremen Gruppen in Deutschland, die ihren politischen Gegnern die Menschenwürde schlicht absprechen.

Dennoch beschäftigen sich weite Teile von Politik- bzw. Sozialwissenschaft und die Politische Bildung kaum mit dem Linksextremismus. Gerade darin unterscheidet sich der Linksextremismus vom Rechtsextremismus. Der Linksextremismus ist in Deutschland ein Randthema. So gibt es keine aktuelle Gesamtdarstellung des Themas.⁴ Doch gerade die singulären Massenverbrechen der Hitler-Diktatur mahnen, den Blick für jeglichen Extremismus und jegliche Menschenrechtsverletzungen zu schärfen und jegliche Demokratiefreundschaft zu analysieren. Umso wichtiger ist eine aktuelle Analyse wie diese. Auch, weil er oft intelligenter agiert und auftritt als andere Formen des Extremismus, bleibt der Linksextremismus ernst zu nehmen. Das gilt gerade heute in Zeiten großer Veränderungen und grassierender Verunsicherungen.

Zu den zentralen Aspekten in der Diskussion über Linksextremismus in Deutschland gehört die Frage, wie die sogenannte *Linkspartei* zum Linksextremismus steht.⁵ Inwieweit negieren zumindest Teile der Linkspartei grundlegende Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates? Hat sie sich zu einer demokratischen Partei entwickelt, die linksextrem motivierte Gewalt unmissverständlich ablehnt? Auf diese Fragen gibt es derzeit keine eindeutigen und vor allem keine endgültigen Antworten. Klar ist: Die Linkspartei erhebt den Anspruch, eine demokratische Partei zu sein. Doch erfüllt sie ihn?

Allein ihre Herkunft aus der »Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) wäre sicher kein hinreichender Grund, die Linkspartei zum Linksextremismus zu zählen.⁶ Denn ähnlich wie Individuen können sich Parteien grundlegend wandeln. Das zeigen Erfahrungen. »Die Herkunft aus einer diktatorischen Staatspartei kann, muss aber nicht gegen einen politischen Lernprozess hin zur Demokratie sprechen.«⁷ Ohnehin vertritt sicher nicht jedes einzelne Mitglied der Links-

partei ein extremistisches Welt- und Menschenbild. Vielmehr zählen zur Linkspartei und ihrem Umfeld auch sympathische Idealisten. Wesentlich ist deshalb das Gesamtbild, das die Partei abgibt.

Tatsächlich nähert sie sich seit 1989/90 insgesamt grundlegenden Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates. Vielfach fügt sie sich demokratischen Geflogenheiten und achtet das staatliche Gewaltmonopol. Die Partei kann gerade als Regierungspartei sehr pragmatisch agieren. Sie ist auch keine moskautreue Partei mehr, die dem undemokratischen Prinzip des »demokratischen Zentralismus« folgt. Zugleich aber stellt sie das demokratische »System« mit diversen Äußerungen und Aktivitäten in Frage, um gleichzeitig sogar eine »Demokratisierung« der Demokratie zu fordern. Letztlich erhebt sie sogar einen demokratischen Alleinvertretungsanspruch nach dem Motto: Nur Sozialismus ermöglicht Demokratie («Freiheit durch Sozialismus»). Einen mehrdeutigen Umgang pflegt sie auch mit ihrer Diktaturvergangenheit. Gerade darin wurzeln Zweifel an ihrer demokratischen Prinzipientreue. Zwar kritisiert sie gelegentlich das SED-Regime. Andererseits glorifiziert sie es zum Beispiel als soziales Paradies. Menschenrechte gelten für Teile der Linkspartei nur selektiv; Menschenrechtsverletzungen in kommunistischen Diktaturen sind für ihre Mehrheit normalerweise kein Thema. Damit negieren sie die Universalität der Menschenrechte. Teile der Partei und ihrer Führung versuchen immer wieder, Diktaturen wie vor allem das SED-Regime schön und die Demokratie schlecht zu reden. Eng kooperieren Teile der Linkspartei mit der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), zumindest auf kommunaler Ebene. Dort kommt es immer wieder zu Absprachen und Kooperationen beider Parteien, um Kräfte zu bündeln statt zu zersplittern. Doch die DKP deklariert die SED-Diktatur ungeniert zum humanistischen Erbe Deutschlands.

Das Verhältnis der Linkspartei zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ist also vieldeutig. So kooperieren Teile der Linkspartei mit militanten Extremisten im In- und Ausland. Viele Mitglieder der Linkspartei verniedlichen linksextrem motivier-

te Straf- bzw. Gewalttaten. Einzelne Funktionäre der Partei fungieren immer wieder als Anmelder von Demonstrationen, bei denen es erfahrungsgemäß zu Gewalt durch Linksextremisten kommt. Die Linkspartei mutiert zunehmend zum Sammelbecken für verschiedene Strömungen des Linksextremismus in Deutschland. Im Unterschied zu CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen ist sie keine rein demokratische Kraft. Deshalb muss eine aktuelle Analyse des Linksextremismus in Deutschland die Linkspartei einbeziehen.

Die Demokratiefähigkeit der »Linken« zu untersuchen, ist gerade auch deshalb bedeutsam, weil die politische Bedeutung der Partei und ihr Einfluss in der Bundesrepublik seit Jahren fast kontinuierlich wachsen – und damit ihre politische Relevanz. So steigerte sie ihren Stimmenanteil bei der jüngsten Bundestagswahl abermals deutlich – ihr historisch bestes Bundestagswahlergebnis seit 1990; in 13 Bundesländern ist sie inzwischen mit einer Fraktion im Landtag vertreten (Ausnahmen: Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz); in den neuen Bundesländern hat sie bei den jüngsten Landtagswahlen höhere Stimmenanteile errungen als die SPD (Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt) oder die CDU (Brandenburg); in zwei Bundesländern ist sie Regierungspartei: In Berlin und Brandenburg.

In der aktuellen 5-Parteienlandschaft⁸ fungiert die Linkspartei damit immer öfter als Zünglein an der Waage, das inhaltlich-politischen Druck auf die Konkurrenz ausübt und strategisch über die zentrale Frage (mit) entscheidet, wer (nicht) regiert. Es scheint nur eine Frage der Zeit zu sein, wann die Linkspartei auch einen Länderregierungschef stellt. Umso wichtiger sind Antworten auf die Fragen, warum sie Erfolge feiert, wie sie argumentiert, welche Programmatik und Strategie sie verfolgt, wer sie repräsentiert und mit wem genau sie kooperiert. Kurz: Die »Linke« ist weder eine irrelevante Partei noch eine eindeutig demokratische Formation. Deshalb sind fundierte Antworten auf Fragen nach der demokratischen Substanz der Linkspartei bedeutsam – bedeutsam gerade auch für eine aktuelle Analyse des Linksextremismus in Deutschland.

Klärung des Begriffs

Der Begriff »Extremismus« zählt zu den besonders umstrittenen, oft ge- und missbrauchten Vokabeln sowohl der politischen als auch politikwissenschaftlichen Sprache.⁹ Dieses Schicksal teilt er mit dem Demokratiebegriff. Denn selbst die Nationalsozialisten erklärten gelegentlich, das Dritte Reich praktiziere die wahre Demokratie. Ähnlich äußert sich die NPD. Auch die die SED-Diktatur nannte sich bekanntlich »Deutsche Demokratische Republik« (DDR). Immer wieder nutzen Extremisten und Diktatoren das Wort »demokratisch«, um ihre Ideologie und Politik zu legitimieren.

Ähnlich wie der Demokratie-Begriff leidet der Begriff »Extremismus« immer wieder – wie ein Wieselwort – unter Entgrenzung und Überdehnung. Gerade weil »Extremismus« zu den brisanten Begriffen der politischen und politikwissenschaftlichen Sprache zählt, bleibt es wichtig, ihn zu schärfen und zu präzisieren. So kann der Begriff die extremistische Empirie genauer beschreiben und ist weniger anfällig für inflationären Ge- und Missbrauch. Je genauer der Extremismus-Begriff definiert ist, desto schwerer fällt es extremistischen Parteien, sich demokratisch zu nennen und desto leichter können sich demokratische Kräfte gegen Behauptungen wehren, extremistisch zu sein.

Der Begriff »Extremismus« bündelt die antidemokratischen Eigenschaften politischer Kräfte. Er kann dazu beitragen, demokratiegemäÙes von demokratiefeindlichem Formulieren und Handeln zu unterscheiden. Zum Extremismus gehören mindestens drei zentrale Merkmale.

Sowohl Rechts- als auch Linksextremisten meinen erstens, in ihrer Doktrin die einzig wahre Weltansicht gefunden zu haben: Der Wahrheitsanspruch von Extremisten scheint kategorisch. Ihr Welt- und Menschenbild ist hermetisch abgeriegelt.

Deshalb kämpfen Extremisten zweitens vehement gegen andere Interessen, Wertvorstellungen und Lebensformen: Sie kennzeichnet ein Dogmatismus im Denken, Formulieren und Handeln. Dabei fixieren sie einen »Sündenbock«, den sie zum Alleinverursacher von zentralen Missständen stilisieren und

damit als Feindbild nutzen. Zu ihren Feindbildern gehören die USA, der *Kapitalismus*, Ausländer oder Juden. Freund-Feind-Denken, Fanatismus oder gar Hass sind Haupttriebkkräfte extremistischer Politik; ebenso Verschwörungstheorien, die offenkundige Unterschiede zwischen Ideologie und Realität vernebeln sollen.

Deshalb fällt es Extremisten drittens schwer, demokratischen Pluralismus («Die Partei hat immer Recht») zu akzeptieren: Ihre antipluralistische Gesinnung («klassenlose Gesellschaft», «Volksgemeinschaft») hält das Gemeinwohl für vorbestimmt und gibt dem Kollektiv grundsätzlich Vorrang vor Individualismus («Du bist nichts, Dein Volk ist alles»), den sie dekadent nennen. Doch bereits bei Aristoteles heißt es: »Eine Vielheit ist das Volk, keine Einheit.«¹⁰ Weil Extremisten meinen, absolute Wahrheiten bzw. irdische Heilslehren zu besitzen, weil sie überzeugt sind, in politischen Angelegenheiten unfehlbar zu sein, halten sie freie Wahlen für irreführend, überflüssig oder gar gefährlich. Deshalb bereitet ihnen Pluralismus oft auch intern Probleme.

Mit der Kombination aus kategorischem Wahrheitsanspruch, Antipluralismus und Dogmatismus wenden sich Extremisten gegen die konkrete Ausgestaltung einer freiheitlichen Ordnung, zum Beispiel gegen den Föderalismus. Mehr noch missachten sie – neben zentralen Verfahrensregeln – die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie. Dazu gehört die normative Gleichwertigkeit aller Individuen – unabhängig von Unterschieden der Religion, sozialen Herkunft, Abstammung, Hautfarbe, Nationalität und körperlich-geistigen Gesundheit. Bereits bei Montaigne heißt es treffend: »Alle Menschen haben eine gemeinsame Eigenschaft, ihre Verschiedenheit«. Im Unterschied zum Extremismus jeglicher Richtung gründet die freiheitliche Demokratie auf einem Denken, das sich für fehlerbar hält, die Vielfalt der Überzeugungen in einer offenen Gesellschaft grundsätzlich legitim findet und Politik nicht als Krieg gegen einen Feind begreift; ein Denken, das differenziert und Distanz zu sich selbst bewahrt.

Demokratie bedeutet im Kern die Kunst, divergierende Interessen friedlich auszugleichen. Die gemischte Verfassung des demokratischen Verfassungsstaats gründet deshalb auf dem

Mehrheitsprinzip, schützt zugleich aber Minderheiten. Der Grundkonsens aller verfassungstreuen Kräfte (mit einer gemeinsamen Basis an Grundwerten) zivilisiert in der rechtsstaatlichen Demokratie jene Konflikte, die Politiker der gemäßigten Parteien miteinander austragen (müssen). Dieser Grundkonsens ermöglicht die konstruktiven Kompromisse, die bei Extremisten als grundsätzlich »faul« gelten. Wer einen solchen Grundkonsens ablehnt, offenbart sich als Extremist. Extremismus beginnt also nicht erst bei Gewalt, sondern bereits bei antidemokratischen Zielen.

Heute umfasst »Extremismus« ein weites Feld an Einstellungen und Verhalten: Dazu gehören Parteien, einschlägige Wählerpotentiale und Intellektuelle, aber auch Gewalttäter – mit oder ohne festere Organisation; es gibt gewalttätigen und gewaltlosen Extremismus.

Welche Elemente Rechts- und Linksextremismus trennen und teilen, unterstreichen Vergleiche. Solche Vergleiche bedeuten grundsätzlich keine Gleichsetzung, sondern analysieren sowohl Gegensätze als auch Gemeinsamkeiten. Tatsächlich beschreiben bereits die Begriffe »Rechts- und Linksextremismus« eine doppelte Relation: Einerseits die Beziehung zwischen Rechts- bzw. Linksextremismus und der demokratischen Mitte, andererseits die Beziehung zwischen Rechts- und Linksextremismus. Beide Begriffe enthalten Links-Rechts-Divergenzen, aber auch extremistische Konvergenzen. Insbesondere wer den Begriff »Rechtsextremismus« nutzt, kann die Existenz des Linksextremismus schwerlich bestreiten und Vergleiche von Links- und Rechtsextremismus kategorisch ausschließen, weil beide einander schon sprachlich implizieren. Anders formuliert: Ohne Rechtsextremismus existiert kein Linksextremismus und umgekehrt.

Die Politikwissenschaft widmet sich seit Aristoteles der Aufgabe, zu vergleichen: Die vergleichende Methode gehört zu den Hauptinstrumenten der Politikwissenschaft. Vergleiche helfen einerseits Ähnlichkeiten zu verdeutlichen, andererseits aber auch das Spezifische, Besondere, Charakteristische und Eigentümliche eines politischen Phänomens herauszuarbeiten. Dadurch können sie dazu beitragen, die Konturen ihrer Objekte

zu schärfen. Indem die Politikwissenschaft durch (inter-)nationale Vergleiche jeweils Ähnlichkeiten und Unterschiede abwägt, gewinnt sie ein genaueres Bild von der politischen Wirklichkeit. Insofern können Vergleiche davor bewahren, einzelne Beobachtungen zu verabsolutieren. Das »Vergleichen ist jedem wissenschaftlichen Verfahren inhärent, die wissenschaftliche Methode ist unweigerlich vergleichend, und alle Politik ist in irgendeiner Weise vergleichende Politik.«¹¹

Walther Rathenau befand gar: »Denken heißt Vergleichen«. Wer sich kategorisch gegen Vergleiche wendet, plädiert für künstliche »Intelligenzbegrenzung«, meint der Historiker Egon Flaig: »Das Vergleichen dürfte [...] die maßgebliche Operation sein, um zu differenzieren. Vergleichend gewinnen wir differenzierte Vorstellungen [...] Nicht einmal das Absolute ist unvergleichlich. Viele Intellektuelle und Nichtintellektuelle beharren darauf, dieser Sachverhalt oder jenes Ereignis seien unvergleichlich [...] Nichts ist unvergleichlich...Notwendigerweise ist in der Welt [...] alles relativ, nichts absolut [...] Wer relativiert, leugnet nicht, sondern erfüllt seine wissenschaftliche Pflicht, das Existierende in Beziehungen zu setzen. Einen Vorgang oder eine Sache zu verabsolutieren, heißt sie von ihren Kontexten zu isolieren, aus ihrer relationalen Einbettung herauszureißen.«¹² Freilich ermöglichen erst hinreichende Übereinstimmungen tiefer gehende Vergleiche – andernfalls wären Vergleiche unergiebig und unsinnig. »Verglichen werden können nur Erscheinungen, die weder völlig identisch noch absolut verschieden sind.«¹³

2. DENKSTRUKTUREN UND BEFINDLICHKEITEN IM LINKSEXTREMISMUS

Menschen- und Weltbilder

Menschenbilder stehen am Anfang aller politischen Philosophie. Ein Vorverständnis vom Charakter des Menschen als soziales Wesen geht zumeist Überlegungen voraus, welche Formen der politischen und gesellschaftlichen Ordnung, welche Regeln für ihn angemessen sind. Menschenbilder können durch persönliche Erfahrungen, historische Bedingungen, philosophische oder religiöse Grundannahmen geprägt sein. Im strengen Sinne wissenschaftlich beweisbar oder widerlegbar sind sie nicht.

Die dem Politischen vorgelagerten Annahmen über die Natur des Menschen hatten seit jeher gravierende Auswirkungen auf die politische Philosophie. Einer der geistigen Väter des staatlichen Gewaltmonopols, Thomas Hobbes (1588-1679), lebte in einer Epoche religiöser Bürgerkriege und formte sich ein äußerst pessimistisches Menschenbild: Der Mensch sei des Menschen Wolf. Um den »Krieg aller gegen alle« zu verhindern und den Einzelnen mindestens vor einem plötzlichen gewaltsamen Tod zu schützen, konstruiert er einen mächtigen Staat als »sterblichen Gott«, dessen Durchgriffsrechte praktisch unbegrenzt sind. Damit kann man natürlich jede Diktatur rechtfertigen. Es versteht sich, dass Hobbes mit seinen Vorstellungen vom praktisch allmächtigen Staat bei Rechtsextremisten bis heute großen Anklang findet.

Das Gegenbild zu diesem pessimistischen Menschenbild hat hundert Jahre später die Philosophie der Aufklärung in die politische Debatte gebracht. Der Mensch hat Verstand, lautete die optimistische Grundannahme; er ist in der Lage, seine Situation zu erkennen und seine Institutionen vernünftig einzurichten. Das Wissen um die prinzipielle Vernunftfähigkeit des Menschen ist Bestandteil jeder demokratischen Überzeugung. Denn wenn dem Menschen die Vernunft fehlte, wäre es kaum sinnvoll, ihm demokratische Teilhaberechte zuzuschreiben.

Die Vorstellung der Aufklärung vom Wesen des Menschen ist damit zwar in ihren Grundzügen optimistisch, weiß aber um die Ambivalenzen der menschlichen Natur. Den Verfassungsinstitutionen westlicher Demokratien liegt daher eine gewisse Skepsis zugrunde, der dem Individuum gute wie schlechte Handlungen zutraut und deshalb auf der Notwendigkeit konfliktregelnder, formal verfasster, bisweilen auch strafbewehrter Verfahren und Institutionen besteht. Sein Werkmodell ist die US-Verfassung von 1787, und einer ihrer Schöpfer brachte es auf die Formel: Wenn Menschen Engel wären, bräuchte es keine Gesetze. Wenn der Mensch aber sowohl zum vernünftigen Guten als auch zum Schlechten fähig ist, dann sind formal verfasste Regeln und Institutionen nötig, die im Notfall das Faustrecht verhindern und damit die Schwachen vor Willkür schützen können. Institutionen hindern die Freiheit nicht, wenn sie rechtsstaatlich konstruiert sind und die individuellen Menschen- und Bürgerrechte zum obersten Prinzip der Verfassung erklären. Ihr Fehlen indessen ließe den Schwachen schutzlos zurück, falls sich das uneingeschränkt optimistische Menschenbild in der Praxis als Illusion herausstellen sollte.

Das hindert Linksextremisten nicht, sich für ein sehr optimistisches Menschenbild zu entscheiden. Dabei teilen sie mit der Aufklärung die Idee einer grundsätzlichen Vernunftfähigkeit, Freiheit und Gleichheit des Menschen. Die radikaleren, extremen und später im politischen Sinne extremistischen Ausprägungen dieser Überzeugung steigern die Vernunftfähigkeit aber zur anthropologischen Grundannahme vom »an sich guten« Menschen. Wenn sie stimmte, müsste sich eine Ordnung einrichten lassen, die auf Zwangsmaßnahmen weitgehend verzichten kann. Die Utopie der Anarchisten von einer *Ordnung ohne Herrschaft* und der Kommunisten von der *klassenlosen Gesellschaft* haben hier ihre Grundlage. Beide möchten Gesellschaft so (zurück-)formen und homogenisieren, dass der »an sich gute« Mensch zur freien Entfaltung kommt: Die Anarchisten durch Rückkehr zu einer angeblich ursprünglichen herrschaftsfreien Gesellschaft, die Kommunisten durch Überwindung der aus ihrer Sicht unvernünftigen,

weil materiell durch zahllose Ungleichheiten gekennzeichneten *Klassengesellschaft*.

Auf der Suche nach dem verloren gegangenen guten Menschen lautet die zweite Botschaft: *Die Gesellschaft ist schlecht*. Schon die Philosophen der Aufklärung hatten Grund genug, ihre zeitgenössische Gesellschaften zu kritisieren, denn die alte Ordnung des späten Feudalismus entsprach in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts offenkundig keineswegs den demokratischen und rationalistischen Ideen, die sich zunehmend Gehör verschafften. Jean-Jacques Rousseau (1712-1778), der Erfinder des »im Naturzustand« guten Menschen, hatte Anlass, sich zu fragen, warum die politische Ordnung dieser natürlichen Güte nicht entsprach. Er glaubte die Antwort in einer historischen Fehlentwicklung zu finden: »Der erste, der ein Stück Land eingezäunt hatte und dreist sagte: Das ist mein, und so einfältige Leute fand, die das glaubten, wurde zum wahren Gründer der bürgerlichen Gesellschaft«¹⁴. An der Schwelle der gesellschaftlichen und politischen Fehlentwicklung hat also das Privateigentum gestanden. Das eigennützige, egoistische Interesse des Menschen hatte sich über das Gemeinwohl gestellt und eine Gesellschaft geschaffen, in der die natürliche Güte des Menschen sich nicht mehr durchsetzen konnte.

Die Einführung des Privateigentums als Sündenfall beim Austritt aus dem »Naturzustand« begegnet uns sowohl bei den Anarchisten als auch – in Gestalt des angeblich verwerflichen Privateigentums an Produktionsmitteln – bei den revolutionären Marxisten wieder. Fast noch wichtiger ist aber die einseitige Vorstellung, dass jedes an der Vernunft gemessene individuelle Fehlverhalten letztlich in den gesellschaftlichen Verhältnissen seine Wurzeln hat. Zum Menschenbild von Linksextremisten gehört unabdingbar, dass es letztlich nur eine Ursache beispielsweise von Kriminalität und Gewalt gebe: fehlerhafte gesellschaftliche Verhältnisse, die vor allem in ungleichen Verteilungen von Ressourcen und Lebenschancen ihren Ausdruck fänden. Mit deren korrekter Einjustierung, so die linksextreme Grundannahme, verschwände sozial verwerfliches Verhalten automatisch. »Innere Sicherheit« und Polizei, Sanktionen und Gefängnisse würden daher in einer kommu-